

Satzungstext

1 § 1 Gültigkeitsbereich

2 (1) Diese Geschäftsordnung gilt für die Mitgliederversammlung und sinngemäß für
3 alle anderen Organe der GRÜNEN Köln.

4 (2) Die Geschäftsordnung gilt für die Organe der Ortsverbände der GRÜNEN Köln,
5 sofern diese keine andere beschließen.

6 (3) Von Bestimmungen dieser Geschäftsordnung kann durch Beschluss der
7 Versammlung im Einzelfall abgewichen werden.

8 (4) Stehen gesetzliche oder parteisatzungsrechtliche Bestimmungen den
9 Bestimmungen dieser Geschäftsordnung entgegen, so gelten die gesetzlichen
10 oder parteisatzungsrechtlichen Bestimmungen.

11 § 2 Präsidium

12 (1) Das Präsidium besteht aus den in der Satzung des KV Köln § 9 (5) gewählten
13 Mitgliedern.

14 (2) Das Präsidium leitet die Mitgliederversammlungen der GRÜNEN Köln
15 selbsttätig.

16 § 3 Tagesordnung

17 (1) Zu Beginn der Sitzung beschließt die Versammlung die Tagesordnung.

18 (2) Nach Feststellung der Tagesordnung dürfen andere Verhandlungsgegenstände
19 nur beraten werden, wenn dies mit Zweidrittelmehrheit beschlossen wird.

20 (3) Die Versammlung kann jederzeit Verhandlungsgegenstände von der
21 Tagesordnung absetzen, soweit Gesetz, Parteisatzung oder diese
22 Geschäftsordnung nichts anderes bestimmen.

23 § 4 Aussprache und Redeliste

24 (1) Das Präsidium eröffnet über jeden Tagesordnungspunkt die Aussprache. Die
25 gemeinsame Beratung gleichartiger oder im Sachzusammenhang stehender
26 Verhandlungsgegenstände kann jederzeit beschlossen werden.

27 (2) Redebeiträge erfolgen quotiert, das Präsidium entscheidet über Anzahl und
28 Redezeit, soweit die Versammlung nichts anderes beschließt.

29 (3) Die Versammlung kann auf Antrag die Beratung oder Beschlussfassung auf eine
30 spätere Sitzung vertagen oder an den Delegiertenrat zur Beratung oder
31 Beschlussfassung verweisen.

32 (6) Will ein Mitglied des Präsidiums sich selbst an der Aussprache beteiligen,
33 so hat es dies vor Eintritt in die Beratungen anzukündigen und muss auf
34 Verlangen der Versammlung für die Dauer der Aussprache aus dem Präsidium
35 ausscheiden.

36 § 5 Anträge

37 (1) Antragsberechtigt sind jedes Mitglied, Organe und Ortsverbände der GRÜNEN
38 Köln und die GRÜNE JUGEND Köln.

39 (2) Soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, sind Anträge mit einer Frist von
40 7 Tagen vor der Mitgliederversammlung einzureichen.

41 (3) Dringlichkeitsanträge können bis zum Beginn der Versammlung eingereicht
42 werden. Über die Dringlichkeit entscheidet die Versammlung.

43 (4) Zu einem Geschäftsordnungsantrag erteilt das Präsidium vorrangig das Wort.
44 Der Antrag muss sich auf den Verlauf oder das Verfahren des aktuellen
45 Tagesordnungspunktes beziehen.

46 (5) In der Regel ist für einen Geschäftsordnungsantrag neben der
47 Antragsbegründung nur eine Gegenrede möglich. Die Versammlung kann
48 beschließen, die Debatte über einen Geschäftsordnungsantrag zu eröffnen. Für
49 Antragsbegründung, Gegenrede und Beiträge in Geschäftsordnungsdebatten ist
50 die Redezeit auf drei Minuten begrenzt.

51 § 6 Persönliche Erklärung

52 (1) Zu einer persönlichen Erklärung zur Aussprache wird das Wort nach Schluss
53 oder Vertagung der Aussprache erteilt. Der Anlass ist bei der Wortmeldung
54 mitzuteilen. Mit einer solchen Erklärung dürfen nur Äußerungen, die sich auf
55 die eigene Person bezogen haben, zurückgewiesen oder eigene Ausführungen
56 richtig gestellt werden.

57 (2) Zu einer persönlichen Erklärung außerhalb der Tagesordnung kann das
58 Präsidium das Wort vor Eintritt in die Tagesordnung oder nach Abschluss eines
59 Tagesordnungspunktes erteilen.

60 (3) Persönliche Erklärungen dürfen nicht länger als fünf Minuten dauern. Über
61 sie findet keine Debatte statt.

62 § 7 Ordnungsmaßnahmen

63 (1) Das Präsidium kann Redner*innen, die vom Verhandlungsgegenstand erheblich
64 abweichen, zur Sache verweisen. Ist ein*e Redner*in während einer Rede dreimal
65 zur Sache gerufen und beim zweiten Mal auf die Folgen eines dritten Rufes
66 hingewiesen worden, so muss ihr*ihm das Präsidium nach dem dritten Mal das Wort
67 entziehen.

68 (2) Das Präsidium kann Teilnehmer*innen, die die Ordnung der Versammlung
69 erheblich stören, zur Ordnung rufen. Ist ein*e Teilnehmer*in dreimal zur
70 Ordnung gerufen und beim zweiten Mal auf die Folgen eines dritten Rufes

71 hingewiesen worden, so kann das Präsidium ihn*sie nach dem dritten Mal des
72 Saales verweisen.

73 § 8 Abstimmungen

74 (1) Das Präsidium stellt die Abstimmungsfragen so, dass sie sich mit Ja oder
75 Nein beantworten lassen. Bei Widerspruch gegen die vorgeschlagene Fassung
76 entscheidet die Versammlung.

77 (2) Auf Verlangen eines*einer Versammlungsteilnehmer*in muss das Präsidium
78 abschnittsweise abstimmen lassen. Ist die Zulässigkeit der Teilung zweifelhaft,
79 so entscheidet die Versammlung.

80 (3) Stehen zu einem Gegenstand mehrere Alternativen zur Abstimmung, ist über
81 den weitestgehenden Antrag zuerst abzustimmen. Bestehen Zweifel über die
82 Reihenfolge, entscheidet die Versammlung. Erhält eine Alternative die Mehrheit,
83 braucht über die anderen nicht mehr abgestimmt werden.

84 (4) Werden zu einem Antrag Änderungs- oder Ergänzungsanträge gestellt, so ist
85 über diese vor dem Hauptantrag abzustimmen. Die Abstimmung entfällt, wenn
86 der*die Antragsteller*in den Änderungs- oder Ergänzungsantrag übernimmt.

87 (5) Abgestimmt wird durch Handzeichen. Kann sich das Präsidium über das Ergebnis
88 nicht einigen, kann auch namentlich, durch Hammelsprung, schriftlich oder
89 digital abgestimmt werden.

90 (6) Auf Beschluss der Versammlung kann über alle Fragen schriftlich abgestimmt
91 werden.

92 § 8a Personenwahlen

93 (1) Wenn durch Gesetz oder Parteisatzung vorgeschrieben, oder wenn es eine
94 abstimmungsberechtigte Person verlangt, sind Wahlen geheim und schriftlich
95 durchzuführen.

96 (2) Wahlzettel oder Stimmzettel sind nur die vom Präsidium ausgegebenen und für
97 den jeweiligen Wahlgang bestimmten Zettel. Sie dürfen keine Kennzeichnungen
98 tragen, durch die Rückschlüsse auf das Wahlverhalten einzelner Wahlberechtigter
99 möglich werden.

100 (3) Abgegebene Stimmen sind die Wahlzettel, die das Präsidium im jeweiligen
101 Wahlgang entgegengenommen hat. Gültig sind die abgegebenen Stimmen, die
102 eindeutig die Entscheidung der Wahlberechtigten zu den zur Wahl stehenden
103 Kandidat*innen erkennen lassen und die den vor dem Wahlgang vom Präsidium
104 bekannt gegebenen Kriterien entsprechen. Quorum ist der Anteil der abgegebenen
105 gültigen Stimmen, der für eine bestimmte Wahl erreicht werden muss. Bei
106 Gruppenwahlen bezieht sich das Quorum auf die Zahl der abgegebenen gültigen
107 Stimmzettel.

108 (4) Gehören Kandidat*innen dem Präsidium der Versammlung an, müssen sie vor dem
109 Tagesordnungspunkt, unter dem die Wahl behandelt wird, das Präsidium verlassen.
110 Das Präsidium kann zu seiner Unterstützung Wahlhelfer*innen benennen,
111 insbesondere zur Ausgabe und zum Einsammeln der Wahlzettel und zum Auszählen der
112 Stimmen. Kandidat*innen dürfen nicht zu Wahlhelfer*innen benannt werden.

113 (5) Kandidat*innen müssen Gelegenheit haben, sich vorzustellen. Die Versammlung
114 kann die Kandidat*innen befragen. Die Befragung darf nur in der Weise beschränkt
115 werden, dass allen Kandidat*innen die gleiche Möglichkeit eingeräumt wird,
116 befragt zu werden und die Fragen zu beantworten.

117 (6) Die Kandidat*innen müssen entweder persönlich anwesend sein oder ihre
118 Kandidatur schriftlich oder per E-Mail eingereicht haben. Nicht anwesende
119 Kandidat*innen können von einer anderen Person zusätzlich vorgestellt werden.

120 (7) Das Präsidium bestimmt die für die einzelnen Wahlgänge gültigen Stimmzettel
121 und gibt sie gegebenenfalls an die Wahlberechtigten aus.

122 (7) Nachdem das Präsidium den Wahlgang für eröffnet erklärt hat, füllen die
123 Wahlberechtigten die Stimmzettel aus. Sind alle Stimmzettel ausgefüllt, werden
124 sie von den Wahlhelfer*innen eingesammelt. Die Stimmkarte ist entsprechend zu
125 kennzeichnen. Wenn das Präsidium alle Stimmzettel entgegengenommen hat,
126 erklärt sie den Wahlgang für geschlossen.

127 (8) Die Stimmen werden von den Wahlhelfer*innen ausgezählt. Interessierten
128 Mitgliedern der Versammlung muss Gelegenheit gegeben werden, die Auszählung zu
129 beobachten. Über die Gültigkeit von Stimmen entscheidet im Zweifelsfall das
130 Präsidium.

131 (9) Ist das Ergebnis ausgezählt, wird es vom Präsidium verkündet. Die Wahlzettel
132 sind für jeden Wahlgang getrennt in einen Umschlag zu geben. Die Umschläge
133 werden verschlossen, mit der Unterschrift eines Mitglieds des Präsidiums
134 versehen und für die Dauer der Amtszeit der Gewählten aufbewahrt. Das Öffnen
135 der Umschläge und Nachzählen der Stimmen ist nur auf Beschluss der Versammlung,
136 des Präsidiums oder in einem Schiedsgerichtsverfahren zulässig.

137 (10) Hat ein Mitglied der Versammlung Zweifel an der Richtigkeit des verkündeten
138 Ergebnisses, kann es die Wahl anfechten. Über eine während der Versammlung
139 vorgebrachte Anfechtung entscheidet die Versammlung. Sie kann die Anfechtung
140 zurückweisen, die Wahl oder den angefochtenen Wahlgang wiederholen oder ein
141 anderes Ergebnis feststellen, wenn das ursprünglich verkündete auf
142 Auszählfehlern oder unrichtiger Interpretation beruht. Gegen die Entscheidung
143 der Versammlung kann nur das zuständige Parteischiedsgericht angerufen werden.
144 Über eine nach der Versammlung vorgebrachte Anfechtung entscheidet das
145 zuständige Parteischiedsgericht.

146 (11) Die Versammlung entscheidet vor der Wahl über das anzuwendende
147 Wahlverfahren, sofern nicht durch Gesetz oder Parteisatzung ein bestimmtes
148 Verfahren vorgeschrieben ist. Mögliche Wahlverfahren sind im Anhang zu dieser
149 Geschäftsordnung dargestellt.

150 § 9 Schlussbestimmungen

151 Diese Geschäftsordnung kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung geändert
152 oder aufgehoben werden.

153 Anhang: Mögliche Wahlverfahren

- 154 1. Wahlen zum Kreisvorstand, zur Ratsliste, Kassenprüfer*innen,
155 Kreisschiedsgericht, zum Vorstand des Bezirkrats Mittelrhein und für
156 Voten

157 Grundsätzlich wird jeder Platz getrennt gewählt. Je nach Praktikabilität und
158 Kandidat*innenlage können gleiche Ämter mit einem Stimmzettel gewählt werden.
159 Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen
160 erhalten hat. Erreicht im ersten Wahlgang keine*r der Kandidat*innen die
161 absolute Mehrheit, gibt es einen zweiten Wahlgang. Zu diesem dürfen nur die
162 Kandidat*innen noch einmal antreten, die mindestens 15% der abgegebenen
163 gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnten. Erreicht auch im zweiten Wahlgang
164 niemand die absolute Mehrheit, treten im dritten Wahlgang nur noch die beiden
165 Bestplatzierten gegeneinander an. Erreicht auch im dritten Wahlgang keiner der
166 Kandidat*innen die absolute Mehrheit, ist der Durchlauf beendet und es beginnt
167 ein neuer mit ebenfalls wieder drei Wahlgängen nach dem oben erläuterten
168 Prozedere. Zu diesem Durchlauf dürfen alle Kandidat*innen des vorherigen
169 Durchlaufes noch einmal antreten, sowie auch Menschen, die vorher noch nicht
170 kandidiert haben.

- 171 2. Wahlen von Delegierten zu Organen der höheren Parteiebenen (z.B.
172 Bundesdelegiertenkonferenz (BDK), Landesdelegiertenkonferenz (LDK),
173 Landesparteirat (LPR) und Bezirkrat Mittelrhein)

174 Für die Frauen- und die offenen Delegiertenplätze gibt es je einen eigenen
175 Wahlgang. Die Kandidat*innen müssen vor der Wahl mitteilen, ob sie als
176 ordentliche Delegierte oder nur als Ersatzdelegierte kandidieren wollen. Jede
177 wahlberechtigte Person hat so viele Stimmen, wie Kandidaturen existieren,
178 höchstens aber doppelt so viele wie zu wählende ordentliche Delegierte.
179 Doppelnennungen von Namen sind nicht zulässig. Delegiert werden die
180 Kandidat*innen mit den meisten Stimmen in der Reihenfolge der Ergebnisse. Die
181 Kandidat*innen, die nicht genügend Stimmen für eine ordentliche Delegation
182 erhalten haben, werden gemäß ihrem Stimmergebnis automatisch zu
183 Ersatzdelegierten. Die Liste der Ersatzdelegierten setzt sich zusammen aus
184 Personen, die allein als Ersatzdelegierte kandidiert haben und Personen, die
185 aufgrund ihres Stimmergebnisses keine ordentliche Delegation erhalten haben.
186 Die Kandidat*innen, die explizit als Ersatzdelegierte kandidiert haben, werden
187 gemäß ihrer Ergebnisse in die Liste der Ersatzdelegierten eingegliedert. Die
188 Zahl der Ersatzdelegierten soll derjenigen der ordentlichen Delegierten
189 mindestens entsprechen. Sollten mehrere KandidatInnen dasselbe Stimmergebnis
190 erhalten, entscheidet ein Los über die Delegation, sofern nicht eine*r
191 freiwillig verzichtet.

192 Letzte Änderung beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 04.02.2023